

WEHRREFORM

Verwirrende Zahlen

Ein Schreiben, mit dem Verteidigungsminister Rudolf Scharping bei den Abgeordneten der SPD-Fraktion um Unterstützung für seinen Reformkurs wirbt, sorgt für Konfusion. Anstatt „verlässliche Informationen“ über die Zahl der Standorte und der militärischen sowie zivilen Dienstposten zu geben, wie der Minister verheißt, verwirrt das Tabellenwerk durch unstimme Zahlen. So ergibt die Addition der Militärposten in den Ländern für das Jahr 2000 nur 289 300 Soldaten – viel weniger, als vorhanden sein müssten. Die vorgesehene Bundeswehrstärke beträgt 338 000; bezahlt werden im Durchschnitt etwa 323 000 Soldaten. Ministeriumssprecher Rüdiger Trapp versuchte die Differenz damit zu erklären, dass Soldaten im Ausland sowie ein „variabler Umfang“ von etwa 30 000 Soldaten, die an Lehrgängen teilnehmen, nicht in Scharpings Tabellen enthalten seien. Träfe dies zu, hätte die Truppe im vergangenen Jahr aber mehr als 350 000 Mann stark sein müssen, denn für 1999 weisen Scharpings Länder-Tabellen 323 100 Soldaten aus. Diesen Widerspruch und die Differenz von rund 30 000 Leuten, so Sprecher Trapp, könne „das Ministerium nicht erklären“.

CDU

Ausländer rein

Bundesdeutsche Unternehmen sollen künftig so viele ausländische Spezialkräfte für die Branche der neuen Informations-Technologien anheuern dürfen, wie sie wollen. Das sieht ein Konzept des neuen CDU-Internet-Sprechers Thomas Heilmann vor. Einzige Voraussetzung: Die Firmen müssen per eidesstattlicher Erklärung versichern, pro ausländische Arbeitskraft zwei Ausbildungsplätze zu schaffen. Verstöße sollen mit Strafen von rund 250 000 Mark geahndet werden. Die Green-Card-Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei zwar zu kompliziert und zu kurz gedacht, greife aber richtige Überlegungen auf, meint Heilmann. Die CDU müsse anerkennen, dass es in der Branche einen „Wachstumsstau“ wegen Personalmangels gebe, der kurzfristig gemildert werden müsse. Auszubildende und Studenten sollen nach Heilmanns Vorstellungen kurzfristig durch Lehrgänge, so genannte Internet-Injektionen, auf die Boom-Branche vorbereitet werden. Für bereits ausgebildete Informatiker, die wegen fehlender Spezialkenntnisse derzeit nicht in den neuen Medien eingesetzt werden können, soll es staatliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen geben.



NPD-Aufmarsch (in Berlin)

Schily beginnen. Doch zwei Bündnispartner, DGB und Interkultureller Rat, haben schon zu einer Gegenveranstaltung geladen. Grund: Außer Schilys Auftritt und einem „Marktplatz der Initiativen“ seien keinerlei weitere Maßnahmen geplant. Im Innenministerium kritisiert man die „katastrophale Vorbereitung“ durch die Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD). Trotz einer rot-grünen Krisensitzung vergangene Woche wird vermutlich nicht einmal ein gemeinsames Manifest formuliert, weil sich Fraktionen und Innenministerium nicht auf einen Text einigen konnten. Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, bezweifelt ohnedies den Sinn solcher Events: „Rechtsradikalismus verändert man nicht mit Festveranstaltungen, sondern mit langfristigen Parolen.“ Die Parlamentarierinnen Annelie Buntenbach (Grüne) und Ute Vogt (SPD) erreichten zumindest, dass für Modellprojekte, etwa mobile Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, ein zweistelliger Millionenbetrag bereitgestellt wird.

REGIERUNG

Bündnis floppt

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ droht zum Flop zu werden. Das Prestigeprojekt der Bundesregierung, im rot-grünen Koalitionsvertrag festgeschrieben, soll am Dienstag in der Staatsoper Unter den Linden in Berlin mit einer Rede von Innenminister Otto